Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 Sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 34. Sonnabend den 10. Februar. 1849.

Inland.

Berlin, den 9. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Ober-Regierungs-Rath Dr. von Schelling die Anlegung des von des Königs von Bayern Majestät ihm verliehenen Großkreuzes vom Civil-Verdienst-Orden der Bayerschen Krone zu gestatten.

Der General-Major und Kommandeur der 6. Kavallerie-Brigade, von Hanneken, ist von Torgau hier angekommen.

R Der erste vereinigte Landtag konnte zwar in der durch das Gesetz ihm vorgeschriebenen Zusammensetzung nicht als wirklicher Vertreter des preußischen Volkes gelten und somit nicht das unbedingte und ungetheilte Vertrauen des Landes genießen. Seine Mitglieder aber waren Männer, die der überwiegenden Mehrzahl nach dem Geiste der Zeit sich nicht verschlossen hatten, die die Bedürfnisse des Volkes kannten, die diese Bedürfnisse zu den ihrigen gemacht hatten und sich nur als Organe betrachteten, um der Krone zum unzweideutigsten Bewußtsein zu bringen, was sie als Volkswillen erkannt hatten oder wenigstens erkannt zu haben glaubten. So wurde der erste vereinigte Landtag trotz seiner unpopulären Organisation mit der Herren-Curie u. dergl. volksbeliebt, wie es nur ein in seinen Rechten so beschränkter politischer Körper werden kann. Das Volk setzte seine Hoffnung auf ihn, er wurde eine Macht im Lande. — Die Zeiten des Landtags sind vorüber, aber es liegt ein ganz ähnlicher Fall vor. Es soll eine erste Kammer gewählt werden. Die gesetzliche Bestimmung über die Art der Erwählung erregt jetzt noch größeres Mißfallen im Volke gegen diese erste Kammer, als damals gegen die Herren-Curie herrschte. Damals konnte man über ein solches Mißfallen sorglos hinweggehen, heute wäre es ein unberechenbar großer politischer Fehler, es ganz unberücksichtigt lassen zu wollen. Wo ist die Rettung? Sie liegt in den Wahlmännern zur ersten Kammer. Wird die erste Kammer zusammengesetzt aus Männern, die überall nur das Wohl des Vaterlandes im Auge haben, die groß genug sind, alle Parteiinteressen zum Heile des Ganzen zu opfern, die weder durch persönlichen Ehrgeiz noch durch Parteileidenschaft in ihrem Handeln bestimmt werden, die das Herz auf der rechten Stelle, die praktische Erfahrung und politische Einsicht, politisches Urtheil haben, sind es Staatsmänner im höheren Sinne des Wortes — dann wird das Mißtrauen gegen die erste Kammer schwinden, sie wird eine Macht werden, der sich das Volk mit demselben Vertrauen hingiebt, mit dem es sich dem Landtage hingegeben hatte. Entsteht dann ein Conflikt mit der zweiten Kammer, so steht das Volk zur ersten Kammer. — Wenn aber die Mitglieder der ersten Kammer sich von vorne herein als geborne Vertreter der Krone oder der Aristokratie oder der Büreaukratie oder irgend welcher anderer Sonderinteressen ansehen und in diesem Sinne handeln, dann ist der Bruch ein unvermeidlicher und Niemand mag dann die Folgen vorherzubestimmen unternehmen. — Wohlan denn, Ihr Wahlmänner zur ersten Kammer! Auf Euch schaut das Vaterland. Ihr, die Ihr selbst schon zu einer Pairie des Volks erhoben seid, bedenkt, wie schwere Verantwortung auf Euch lastet, zeigt, daß Ihr es verdient, auserkoren zu sein, um diejenigen auszukūren, in denen wahre Staatsweisheit thront.

α Vom Kostner Kreise, den 7. Februar. Es ist Ihnen bereits bekannt, daß die Wahlen bei uns streng im Sinne der Polnischen Partei ausgefallen; welche Mittel dabei in Bewegung gesetzt worden, welche Puffs unsere Gegner zur Erreichung ihres Zweckes springen ließen, davon ein Pröbchen. Die Deutschen hatten sich, da ihre Wahlmänner in der Minorität waren, gerne dazu verstanden, für den Probst Kotusch aus Czempin als ersten Deputirten zu stimmen. Probst Kotusch ist zwar kein Kirchenlicht, noch auch sonst ein Licht, aber ein verständiger toleranter Mann von tadellosem Wandel und genießt bei dem vernünftigen Theil seiner Pfarrkinder die ihm gebührende Achtung. Desto mehr haßt ihn der Polnische Adel nebst seinem klerikalen und bäuerlichen Anhang. Der Probst ist diesen Herrn eine mißliebige Person, weil er während der Insurrektion überall im Kreise beschwichtigend und beruhigend auftrat, wo jene schürten und hetzten. Sie ließen daher nicht ab, ihn seither mit Gehässigkeiten zu verfolgen, und irren wir nicht, so ließ auch die Gazeta polska ihn durch ihre Zeilen mehrmals unverdienterweise Spießruthen laufen. Natürlich wurden nun von der Polnischen Partei alle Segel aufgespannt die Wahl des Kotusch zu hintertreiben. Unmittelbar vor dem Wahlakt hielt der Probst aus Schrimm in der Kostner katholischen Kirche eine fanatisirende Rede, deren Wirkung durch ein darauf folgendes Manöver noch verstärkt ward. Man sprengte aus, der Probst habe einen armen Rademacher, der bei ihm mit Begräbnißkosten im Rückstande geblieben, zum Personalarrest bringen lassen, und wußte sich viel von den „Nichtswürdigkeiten" des Kandidaten zu erzählen. Und da sich dem Landmann jeder Affekt desto stärker einprägt, wenn er dabei den Geldbeutel ziehen muß, so wurde in aller Eile eine Kollekte bei den anwesenden Bauern veranstaltet, um jenes notorisch liederliche Subjekt aus seiner Haft zu befreien. Graf Działiński oder sonst einer der mitanwesenden Szlachcicen hätte ihm mit einem einzigen Griff in die Tasche die Freiheit verschaffen können; aber darauf kam es ja gar nicht an. Es sollte bloß der Landmann aufgestachelt und der für Kotusch stimmende Anhang terrorisirt werden. Wirklich hörte man auf der Straße von Polnischen Jungen wiederholentlich den Ruf: „Holt Stricke um den Probst Kotusch zu hängen", so daß dieser sich genöthigt sah, von der Stätte, wo ihm ein Wahltriumph bereitet werden sollte, mit Extrapostpferden nach Hause zu eilen.

Wahlen für die zweite Kammer.

Provinz Preußen.

In den Kreisen Deutsch-Krone, Flatow und Schlochow sind gewählt: 1) Justiz-Rath Hartmann, 2) Oberamtmann Boy, 3) Freigutsbesitzer Witt, alle drei konstitutionell. Die vereinigte polnisch-ultramontan-demokratische Partei unterlag bei dieser Wahl. — Stadt und Landkreis Danzig: Justizrath Grodbeck mit 329 Stimmen von 518 Stimmen, Hofgutsbesitzer Stürcke aus Praust mit 346 Stimmen und Justiz-Kommissarius Martius (gegenwärtig Mitglied der Reichs-Versammlung in Frankfurt) mit 325 Stimmen, sämmtlich konservativ.

Stadt Königsberg: Dr. Kosch Centrum, Dr. Rupp Linke. — Königsberger Landkreis mit Fischhausen: Graf Dohna-Wesselshöfen, Rechte, Gutsbesitzer, Lieutenant Krause, Rechte. — Preuß. Stargardt und Berent: Kanonikus Richter Linke, Gutsbesitzer v. Jatzkowsky, linkes Centrum. — Thorn-Kulm: Probst Bortuszkewicz Linke, Kaufmann Weese konstitutionell. Die 120 Deutschen konstitutionellen Wahlmänner blieben in der Minorität gegen die vereinigten Polen (120) und Deutschen Demokraten (50). — Elbing und Marienburg: Deichgräf Bethke, Rechte, Buchdruckereibesitzer Wernich Rechte. — Schwetz und Konitz: Ober-Regierungsrath Osterrath aus Danzig Rechte, Oberförster Bock Rechte. Die Partei der Liga Polska, die den früheren Abgeordneten v. Pokrzywnicki aufstellte, unterlag.

Provinz Pommern.

Kreis Fürstenthum und Schlawe: Kammergerichts-Assessor Thiel und Ober-Landes-Gerichts-Assessor Schmiedecke aus Köslin, Rendant Bliesener aus Rügenwalde, alle drei demokratisch. — Wahlkreis Stolp-Lauenburg-Bütow-Rummelsburg: Assessor Bucher, Bürgermeister Plate aus Leba, Chirurgus Bauer von Stolp, demokratisch. — Kreis Belgard, Schivelbein, Neustettin und Dramburg: Landrath von Kleist, Friedrich Harkort, Gutsbesitzer Stettin, sämmtlich konservativ.

Cammin und Greiffenberg: Hauptmann a. D. Heintze, Rechte, Landschaftsrath v. Plötz, Rechte. Die Wahlen in Pommern sind jetzt sämmtlich mitgetheilt. Das Ergebniß ist: von 25 Abgeordneten gehören 18 der Rechten und 7 der Opposition an.

Provinz Brandenburg.

In Sorau: Stadtverordneten-Vorsteher Leonhard, konservativ und Fabrikant Jeschke in Forste, demokratisch.

Provinz Schlesien.

Kreis Leobschütz-Neustadt: Gymnasiallehrer Troska, Erbrichter Schober, konstitutionell; O.-L.-G.-Assessor Schmiedicke, demokratisch. — Kreis Ratibor-Kosel: O. L.-G.-Präsident Wenzel, Erzpriester Krause, konstitutionell; Vice Präsident v. Kirchmann, Mitglied der National-Versammlung. — Kreis Hirschberg und Landshut: Dr. Elsner aus Breslau mit 201 Stimmen, Pastor Schmidt aus Hasselbach mit 206 Stimmen, demokratisch. Die konstitutionellen Kandidaten, Ober-Zollinspektor Schulz aus Lieban und Stadtverordneter Scheller aus Hirschberg erhielten resp. 117 und 106 Stimmen. — Kreis Schönau, Jauer und Bolkenhain: Fabrik- und Gutsbesitzer Kießling auf Eichberg und Kreis-Justiz-Rath Klein, beide konstitutionell. — Kreis Schweidnitz: Ober-Amtmann Seiffert, Redakteur Möcke aus Breslau, Gutsbesitzer Jordan, sämmtlich konstitutionell. Die demokratischen Kandidaten Schramm, Lieutenant Jung und Prediger Hoferichter unterlagen. — Der Kreis Neiße hat drei Abgeordnete zu wählen; beim Abgang der Post am 5. Februar war der zuerstgewählte ein Konstitutioneller: Bauergutsbesitzer Schwedler; die beiden andern werden es höchst wahrscheinlich auch sein. — Im Rothenburger Kreise: Med.-Rath Dr. Fick aus Rothenburg und Kammergerichts-Assessor Arnold aus Hoyerswerda, beide demokratisch. — Im Löwenberger Kreise: Landrath Graf Poninsky, Kaufm. Schöppenberg aus Greiffenberg, beide konstitutionell. — Im Görlitzer Kreise: Oberlehrer Hinzl und Bürgermeister Matthaei, demokratisch. — Kreis Grüneberg: Schulze Krug in Dammerow, konstitutionell, Pastor Schöne, demokratisch. — Kreis Münsterberg, Frankenstein, Nimptsch: Polizeischolz Ebel und Kandidat Pape, beide demokratisch, ehemalige Mitglieder der National-Versammlung. — Kreis Gr. Strehlitz-Lublinitz: Graf Renard und Oberamtmann Schwartz, konstitutionell. — Kreis Oppeln-Falkenberg: Schulrath Bogadain, konstitutionell. — Kreis Oels: Rektor Mätze in Bernstadt, Pastor Töbe und Rektor Horn, demokratisch. — Im Regierungsbezirk Breslau sind außerdem noch gewählt: Fürst v. Hatzfeld, Müllermeister Jwand, Dr. Wollheim, Gerichtsscholz Mätschke.

Kreutzburg, Rosenberg und ein Theil von Oppeln: Landrath Sack in R. Rechte, Bauer Gorzolka linkes Centrum. — Guhrau, Wohlau und Steinau: Dr. Wollheim Linke, Gutsbesitzer Metschke Linke. — Glatz: Stadtrichter Wenzel aus Mittelwalde Linke, Lieut. Neumann Linke, Bauerschulze Marke Linke. — Kreis Brieg, Ohlau, Strehlen: Stadtger.-Rath Müller aus Brieg, demokratisch, Lehrer Zimbal aus Ohlau, desgl., Justiz-Kommissarius Dierschke aus Jauer, desgl. — Kreis Reichenbach und Waldenburg: Bauergutsbesitzer Langer aus Hennersdorf konstit., Realschullehrer Dr. Bensch aus Breslau demokr., Kaufmann Andretzky konstit. — Kreis Trebnitz und Militsch: Fürst Hatzfeld aus Trachenberg konst., Müllermeister Jwand demokrat. — Kreis Gleiwitz und Beuthen: Pfarrer Schaffraneck aus Beuthen, Ober-Bergrath Erbreich in Brieg, Mühlenbesitzer Kachel in Baguschitz bei Tost, sämmtlich konstitutionell.

Provinz Sachsen.

Kreis Sangerhausen und Eckartsberge: Gutsbesitzer Schützmeister mit 178 von 309 Stimmen und O.-L.-G.-Assessor Ramann mit 231 von 302 Stimmen, konstitutionell. — Kreis Salzwedel und Gardelegen: Regierungs-Assessor v. Münchhausen, konservativ und Lehrer Dr. Masius, demokratisch. — Kreis Nordhausen und Worbis: Bürgermeister Eckardt aus Nordhausen, konstitutionell und Land- und Stadt-Gerichts-Rath Daubert aus Worbis, demokratisch. — Kreis Halberstadt, Oschersleben und Grafschaft Wernigerode: Ackermann Schöppe Tegtmeyer aus Zilly, früher bereits als Stellvertreter zur National-Versammlung gewählt; Oberlehrer Dr. Heiland zu Halberstadt, bei konstitutionell. — Kreis Kalbe mit Aschersleben: Bürgermeister Schneider zu Schönebeck (früherer Abgeord.); Land- und Stadtgerichtsrath Jmmermann zu Groß-Salze (gemäßigt lieberal). — Torgau: der frühere Abgeordnete Justiz-Kommissar Moritz mit 190 Stimmen. (Gegenkandidat Landrath v. Jagow mit 106 Stimmen.) — Wittenberg: Kammergerichts-Assessor Eberty (opposit.) mit 192 Stimmen. (Gegenkandidat Landrath v. Jagow mit 144 Stimmen.) — Mühlhausen: Stadtrath Ludwig (früherer Abgeordneter). — Heiligenstadt: Gerichts-Direktor Hentrich (desgl.). — Erfurt: Hauptmann Krackrügge (desgl.). — Suhl: Büchsenmacher Freund. — Langensalza: Dr. Schramm (früh. Abgeordn.).

Provinz Westphalen.

Kreis Beckum, Lüdinghausen und ein Theil von Coesfeld: Assessor Grube aus Dülmen; Gutsbesitzer v. Bruchhausen, demokratisch. — Minden-Lübecke: Justiz-Rath Gellern aus Petershagen, konstitutionell; Dr. v. Möller, demokratisch, der die Verfassung anerkennt. — Kreis Paderborn: Referendar Löher, Redakteur der Westphälischen Zeitung, Justizrath R. Groneweg aus Gütersloh, demokratisch-konstitutionell. — Kreis Bielefeld: Geheime Ober-Finanzrath v. Viebahn, Direktor Meyer zu Bentrup, konstitutionell. — Stadt- und Landkreis Münster und Kreis Warendorf: Ober-Landes-Gerichts-Direktor Temme mit 216 Stimmen von 352; Justiz Kommissar Gierse mit 209 Stimmen von 352, demokratisch. — Kreis Soest und Hamm: Geheime Ober-Tribunal-Rath Ulrich in Berlin (Mitglied des letzten vereinigten Landtags); vormaliger Minister v. Bodelschwingh, konservativ. — Kreis Herford: Landrath a. Borries, Gutsbesitzer Dallmann, konstitutionell. — Kreise Altena und Hagen: Herr v. Vincke-Hagen mit 398 gegen 109 Stimmen; Fr. Harkort in Wetter mit 383 gegen 121 Stimmen; Peter Brüninghaus, mit 392 Stimmen von 504, konstitutionell. — Kreis Dortmund-Bochum: Ober-Landesgerichts-Assessor Ostermann; Glasfabrikant Müllensieven, konstitutionell, beide Mitglieder der Rechten der National Versammlung.

Borken und Becklinghausen: Justizkommissar Gierse Linke, Gerichtsdirektor Evelt aus Dorsten. (?)

Rheinprovinz.

Köln: 1) Justiz-Rath Kyll, demokratisch. Der zweite Abgeordnete war bei Abgang der Post noch nicht bekannt, wahrscheinlich wird Anwalt Schneider gewählt werden. — Elberfeld: 1) v. d. Heydt, Minister der öffentlichen Arbeiten, 2) Abraham Schmidt, Arbeitsmann, beide konstitutionell. Die dritte Wahl war beim Abgang der Post 7 Uhr am Abend des 5 Februar noch nicht entschieden, sie wird aber ohne Zweifel auch einen Konstitutionellen treffen. Minister v. d. Heyd hatte 413 Stimmen gegen Advokat Blöm mit 308 Stimmen. — Kreis Duesburg: Kanonikus Lensing in Emmerich; Geheimer Finanz Rath Camphausen; Regierungs-Präsident v. Möller; Kaufmann Jul. Scheidt von Kettwig, konstitutionell. Die vier demokratischen Kandidaten: Vikar Ingelbach, Berggerichtsrath Schneider in Essen, Direktor Bischoff von Wesel, Lehrer Haeslert fielen durch. — Düren: Kaplan v. Berg, demokratisch. — Landkreis Köln: Pfarrer Elkemann aus Dormagen, konstitutionell. — Kreis Mühlheim am Rhein: Gutsbesitzer Aldenhoven in Zons, konstitutionell. — Bonn: Professor Kinkel, demokratisch.

Bonn: Prof. Kinkel Linke, Hüttenbesitzer Becker Linke, Staatsprokurator Schornbaum Linke, in Koblenz. — Gladbach und Grevenbroich: Dr. med. Bähren Linke, Friedensrichter Broich Linke. — Kreise Krefeld, Kempen, Neuß: Gutsbesitzer Aldenhoven in Zons, konst., Pfarrer Schmitz, desgl., Friedensrichter Grebel, demokrat. — Kreise Schleiden, Malmedy und Montjoie: Landgerichtsrath Blömer zu Aachen, Staats-Prokurator Friessem in Malmedy. — Kreise Berg-

heim, Euskirchen und Rheinbach: Friedensrichter Körffgen in Kempen, demokratisch, Ober-Revisionsrath Esser in Berlin, desgl. — Kreise Waldbroel, Gummersbach, Wipperfurth: Justitiar Dr. v. Seckendorf, Landrath Wiethaus. — Kreise Lennep, Solingen: Friedensrichter Pelzer zu Remscheid, Kaufmann Johanny zu Hückeswagen, Kaufmann Ferd. Thiel zu Burtscheid. — Aachen: Staatsprokurator Schornbaum (Linke), Kaplan v. Berg (Linke), Landgerichtsrath de Syo. (?) — Düren: Kaplan v. Berg (Linke), Rentner Moedersheim. (?) — Kreise Koblenz und St. Goar: Friedensrichter Grebel in St. Goar, Gutsbesitzer Raffauf zu Wolken. — Kreise Simmern und Kreuznach: Steuer-Empfänger Dötsch zu Münster bei Bingen, Friedensrichter Sames zu Kirchberg. — Kreise Mayen und Ahrweiler: Dr. d'Ester aus Köln, Gutsbesitzer Zunderer aus Kleburg. — In Trier: Landgerichts Assessor Otto, Professor Simon (Vater des Abgeordneten in Frankfurt), beide Demokraten.

CC Berlin, 7. Febr. Die Wahl v. Vincke's und Bodelschwingh's im Teltower Kreise stand eine lange Zeit in Frage, da man dort zuerst an den vorigjährigen Abgeordneten Schmidt und Mätzke festhalten wollte. Schmidt war nahe daran, den Sieg über Bodelschwingh davon zu tragen; er unterlag nur, weil der bekannte Demokrat Dr. Levinsohn für ihn auftrat gegen den Dr. Kutscheit und den Herrn v. Langen, welche beide alle ihre Rede- und Ueberredungs-Kraft aufboten zur Durchbringung der genannten Coryphäen des vereinigten Landtags. Die Wahlmänner dachten, Lövinsohn muß seine guten Gründe haben, den Vincke und Bodelschwingh nicht zu wollen, und wählten sie. Auch Levinsohn's Name kam aus der Wahlurne hervor, aber mit einer Bemerkung, die der Wahlkommissar für gut fand, als unleserlich zu bezeichnen. Die vielen Zweifel, welche die Wahlmänner dieser Kreise in der Vorwahl gegen die konstitutionellen Gesinnungen v. Bodelschwingh's vorbrachten, beweisen übrigens, daß unter den Teltower Bauern nichts weniger als der Sitz der Reaction ist.

Berlin, den 7. Februar. Bei dem Sitzungsgebäude der zweiten Kammer auf dem Dönhofsplatze wurden heute Nachmittag die Bänke und andere Utensilien der früheren National-Versammlung aus Brandenburg abgeladen.

— In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde die Angelegenheit »wegen Beantragung der Aufhebung des Belagerungszustandes« verhandelt und nach einer ziemlich langen und heftigen Debatte das Amendement des Vorstehers: »In der Voraussetzung, daß mit den jetzt bestehenden Gesetzen das Ministerium im Stande ist, Ruhe, Ordnung und Sitte in Berlin aufrecht zu erhalten, beschließt die Versammlung den Magistrat zu beauftragen, schleunigst bei den geeigneten Behörden die sofortige Aufhebung des über die Stadt Berlin verhängten Belagerungszustandes nachzusuchen» mit 37 von 73 Stimmen angenommen.

— Das Konsistorium der Provinz Brandenburg macht bekannt, daß das Königl. Ministerium der geistlichen 2c. Angelegenheiten, in Folge hierzu erhaltener Allerhöchster Ermächtigung, die Auflösung der Jänickeschen Missions-Gesellschaft hierselbst ageordnet hat und daher für die Zwecke derselben nicht mehr kollektirt werden darf.

— Der von hier ausgewiesene Professor Nees v. Esenbeck, Abgeordneter zur Nationalversammlung, hat sich in Bernau niedergelassen. Unter allgemeiner Theilnahme der Bevölkerung, namentlich der Arbeiter und Handwerker, empfangen, hat man sich beeilt, ihm eine geeignete Wohnung zu beschaffen. Ein hiesiger Fabrikant erbot sich, einen Theil seiner Webestühle aus seinen Fabriklokalen fortzunehmen und eine Wohnung für Herrn Nees von Esenbeck einzurichten, nur um ihn unter seinem Dache zu haben.

Berlin, den 8. Febr. Der schon seit einiger Zeit hier verweilende Preußische General-Consul in den Donaufürstenthümern, Hr. v. Richthofen, schickt sich zur Abreise nach Madrid an, um dort Preußen als Gesandter zu vertreten.

— Der bis zur Berathung im Staatsministerium vorbereitete Gesetzentwurf, die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betreffend, stimmt, so weit er gleichzeitig die unentgeltliche Aufhebung einer großen Reihe von Lasten und Abgaben verordnet, fast wörtlich mit den Vorschlägen der zu diesem Zweck von der aufgelösten Nationalversammlung niedergesetzten Commission überein. Die freilich über die Grenzen dieser Vorschläge oft weit hinausgehenden Anträge einer großen Zahl von Abgeordneten, namentlich der Provinz Schlesien, habenin der Vorlage des gegenwärtigen Ministeriums, so weit eine oberflächliche Einsicht in dieselbe zu erkennen Gelegenheit gegeben, keine allzu große Berücksichtigung gefunden. Ohne alle Beschränkung wird die unentgeltliche Aufhebung der Lehnsherrlichkeit und der lediglich aus ihr entspringenden Rechte, mit Ausnahme der Thronlehne, der Eigenthumsrechte des Erbzinsherrn und Erbverpächters, des grund- und gutsherrlichen Obereigenthums und der mit diesem zusammenhangenden Leistungen, der aus der Gerichtsbarkeit entspringenden Lasten und einer großen Zahl verschiedener anderer Abgaben und Prästationen vorgeschlagen. Das mit diesem Gesetzentwurf verbundene Ablösungsgesetz spricht als allgemeines Princip aus: „Die auf den Grundstücken haftenden Reallasten sind ablösbar." Bei den näheren Bestimmungen scheinen die Gesetzesvorlagen der Herren Hansemann und v. Patow zu Grunde gelegt zu sein. Der Entwurf umfaßt 86 Paragraphen. Aus den Einleitungen erhellt, daß das Ministerium das betreffende Gesetz nicht zu octroyiren, sondern der Kammer vorzulegen beabsichtigt, wie dies auch das Patent vom 5. Dez. v. J. verheißt.

— Es stehen wiederum nächstens einige interessante Verhandlungen in Criminalprozessen in Aussicht. Am Freitag den 9. d. M. werden bei der 2. Abtheilung des Criminalgerichts zwei Fälle wegen Preßvergehen gegen den Buchhändler A. Hoffmann (Herausgeber des blauen Montags) und den Kunsthändler Hirsch (Verleger von Karrikaturen) und den Buchhändler Bath verhandelt werden. In der ersten Sache werden mehrere interessante Persönlichkeiten als Entlastungszeugen auftreten. Am nächsten Sonnabend den 10. d. M. steht der Lehrer Erdtmann bei der 1. Abtheilung desselben Gerichts unter der Anklage des versuchten Aufruhrs vor den Schranken. Die Anklage betrifft die Vorgänge des 31. Oktober v. J. Abends vor dem Schauspielhause. Die Verhaftung des Angeklagten ist durch zwei bekannte Persönlichkeiten, welche der demokratischen Partei angehören, die Herren Ottensoser und v. Hochstetter, veranlaßt worden, weil der Verdacht entstand, der Herr Erdtmann wirke auf Anregung der Reaktion. Jedenfalls verspricht dieser Prozeß auch seltsame „Enthüllungen," wenn auch vielleicht anderer Natur, als die bisher veröffentlichten.

Danzig, den 4. Februar. Von der hiesigen Kaufmannschaft wurde vor einigen Tagen bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Vorstellung wegen des zu besorgenden Wiederausbruchs der Feindseligkeiten mit Dänemark eingereicht. Der darauf ergangene Bescheid lautet folgendermaßen:

„Auf Ihre Vorstellung vom 4. d. M., die Friedensunterhand-
„lungen mit Dänemark betreffend, nehme ich keinen Anstand, Ihnen
„zu erwiedern, daß die Königl. Regierung nach Kräften bemüht sein
„wird, ungeachtet der Schwierigkeiten, welche einer befriedigenden
„Lösung der mit Dänemark obwaltenden Umstände entgegenstehen,
„dieselbe zur definitiven Erledigung zu bringen. Jedenfalls werden
„die angestrengten Bemühungen der Königl. Regierung auf eine fried-
„liche Ausgleichung gerichtet bleiben.

„Sollte dessenungeachtet der entgegengesetzte Fall eintreten so
„dürfte der Art. 1. des mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstill-
„standes, wonach dem Ablauf des letztern eine einmonatliche Kün-
„digung vorhergehen muß, dem Preußischen Handels- und Rheder-
„Stande ein geeignetes Mittel an die Hand geben, um sich wenig-
„stens gegen etwaigen direkten Schaden zu schützen. Berlin, den
„1. Februar 1849." (D. R.)

Hadersleben, den 3. Februar. Eine Meile östlich von Kolding liegt auf Schleswigschem Gebiete ein Försterhaus. Dort drangen am 31. Januar mehrere bewaffnete Dänische Soldaten ein und zwangen den Förster, das auf dem Boden befindliche Korn herauszugeben, welches sie durch seinen Knecht in mitgebrachte Säcke schütten und in ihr Boot tragen ließen und dann mit der Beute nach Fühnen segelten.

Schwerin, den 6. Febr. In der gestern Abend gehaltenen Sitzung der Kammer der Abgeordneten kam der Antrag des Abgeordneten Pohle zur Verhandlung: die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen: „1) Daß sie die National Versammlung zu Frankfurt a. M. allein und ohne Konkurrenz der Regierungen als das verfassunggebende Organ Deutschlands anerkenne; 2) sie könne es nicht anerkennen, daß, wenn beide Großherzogthümer, wie die übrigen Deutschen Staaten, in der Lage wären, sich über die künftige Reichsverfassung entscheidend zu erklären, diese Erklärungen einseitig von dem Schwerinischen Ministerium und der Strelitzschen Regierung erfolgten, daß vielmehr Erklärungen dieser Art jedenfalls der Zustimmung der Kammern der Abgeordneten bedürften; 3) daß sie jede Verfassung Deutschlands, welche nicht aus der freien Entschließung der National-Versammlung hervorgehe, nicht eher für die beiden Großherzogthümer als bindend anerkennen könne, bevor nicht die Kammer der Abgeordneten ihre Zustimmung ertheilt habe." — Eine ungewöhnliche Bewegung gab sich unter der Bevölkerung kund, Militair und Bürgerwehr wurden ohne Ursache konsignirt, die Tribünen waren mit Zuhörern gefüllt. Der Antragsteller motivirte seinen Antrag durch die Preußische Note vom 23. Januar und die allgemeine Oesterreichische und Preußische Politik. Drei verschiedene Amendements wegen Uebergang zur motivirten Tagesordnung waren gestellt, vom Ministertische eine ablehnende Erklärung verlesen und endlich zur namentlichen Abstimmung geschritten, aus der der Antrag Pohle's mit 66 Stimmen gegen 21 siegreich hervorging, 16 Mitglieder fehlten. Daß das Sitzungslokal umstehende Volk empfing den Antragsteller mit Jubel und geleitete ihn im Triumphzug nach Hause. Seine Rede wird besonders gedruckt erscheinen.

Kiel, den 4. Februar. Die heute hier abgehaltene Central-Versammlung Schleswig-Holsteinischer Volksvereine hat zum Resultat eine Reihe von Resolutionen gehabt, welche im Wesentlichen dahin gehen, einmal eine möglichst ausgedehnte Bewaffnung des Landes zu organisiren, zu welchem Ende ein Central-Wehrausschuß (in Kiel) ernannt ist, mit dem alle Vereine in dieser Angelegenheit in Verbindung zu treten haben; sodann allen den Landesrechten feindlichen Friedensplänen, namentlich in jeder Weise der durch die Preußische Note in Aussicht gestellten Ausschließung aus dem Deutschen Bundesstaat entgegenzutreten. — In einer an demselben Abend durch den Adv. Wichmann und den Kaufmann Volckmar zusammenberufenen Volksversammlung ward sodann ein energischer Protest an die Landes-Versammlung gegen das Preußische Ausschließungsprojekt erlassen.

Frankfurt a. M., den 5 Febr. Der Abgeordnete Temme aus Münster, der auf seiner Reise nach Frankfurt überall mit Jubel empfangen worden, trat heute Morgen, von Hrn. Simon aus Breslau begleitet, in die National Versammlung. Die ganze Linke und ein Theil des linken Centrums erhob sich und empfing und begrüßte den eben angekommenen Vertreter des Deutschen Volks mit Beifallsbezeigungen. Die Rechte dagegen empfing ihn mit lautem, wiederholtem Hohngelächter. Er nahm seinen Sitz neben Hrn. Simon ein, und wird sich wahrscheinlich der gemäßigten Linken, dem Club Westendhall anschließen. — Die Kaiserlich Gesinnten nähren noch immer die Hoffnung, daß der König von Preußen durch wiederholte Adressen und Aufforderungen sich doch geneigt zeigen werde, die Deutsche Kaiserkrone anzunehmen. Durch Wort und Schrift wird täglich dafür gewirkt. Auch am Hofe zu Potsdam, erzählt man sich hier, werde man bereitwillig darauf eingehen. — Die Reichsminister empfangen jetzt regelmäßig der Reihe nach und laden ein zu Fest- und Gastgelagen, indeß der Reichsverweser durch fortgesetztes Unwohlsein daran verhindert ist, dem Beispiele seiner Minister zu folgen.

Frankfurt a. M., den 5. Februar. 164ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Es folgen einige Anrufungen und Beantwortungen von solchen durch die Reichsminister v. Gagern und v. Peucker. Wir heben nur hervor, daß Ersterer, mit Bezug auf die Martinysche Interpellation wegen Beeinträchtigung des Vereins- und Versammlungsrechts, schließlich unter lautem Bravo die Erklärung abgiebt, daß das Reichsministerium zu einem unmittelbaren Einschreiten nur bei solchen Beschwerden sich veranlaßt finden könne, die bereits und zwar fruchtlos an die betreffenden Landesbehörden gerichtet wurden; und ferner, daß der Reichs-Kriegsminister die Fehrenbachsche Anfrage dahin beantwortet: die Centralgewalt könne in Erfüllung ihrer Pflicht die Zurückziehung der Würtembergischen Brigade aus dem Badischen Oberlande zur Zeit noch nicht verfügen, weil, wie durch Thatsachen bewiesen wird, eine beruhigte Stimmung in jenen Landestheilen noch nicht überall eingetreten sei.

Für die Präsidentenwahl sind so eben die Stimmzettel eingefordert worden, und Herr Kirchgeßner beginnt mit dem Verlesen der Namen, als auf der linken Seite des Hauses eine Bewegung entsteht. Eine Anzahl von Mitgliedern erhebt sich unter Zuruf und Beifallklatschen von den Plätzen, und während der größere Theil des Hauses verwundert die Ursache des Vorganges wahrzunehmen sucht, wird Herr Temme in die Mitte seiner Parteigenossen eingeführt, die ihn mit jenen Zeichen lebhafter Theilnahme begrüßen.

Der erste Umsturz der Wahl-Urnen ergiebt unter 400 Abstimmenden für Herrn Ed. Simson aus Königsberg 261 Stimmen. Auf die Herren Schüler von Jena sind 89, Edel von Würzburg 28, auf Heinrich Simon 9, auf Kirchgeßner 6 Stimmen gefallen, die übrigen vereinzelt. Herr Kirchgeßner verkündet daher Herrn Eduard Simson als Präsidenten der Nationalversammlung auf die Zeit des nächsten Monats. Allgemeiner Beifall, worauf Herr Simson der Versammlung seinen Dank ausspricht, indem er besonders darauf hinweist, wie im Angesichte des nahen Zieles der Zwiespalt der Meinungen, unter deren Antrieb und Einfluß das Deutsche Verfassungswerk begonnen und fortgeführt worden, täglich mehr an Berechtigung verlieren dürfte. Dem entsprechend schließt er mit dem schönen Wunsche, das ganze Haus möge in sich zur Wahrheit werden lassen jenes alte Wort des Homerischen Helden: Daß nichts darauf ankomme, ob die Vögel von rechts oder links fliegen, und daß es nur ein Wahrzeichen gebe: des Vaterlandes Errettung. (Anhaltendes allseitiges Bravorufen und Händeklatschen.)

Für die Wahl eines ersten Stellvertreters des Präsidenten sind 410 Stimmen eingegangen, wovon 214 auf Herrn Wilhelm Hartwig Beseler aus Schleswig — daneben auf Schüler von Jena 101, auf Edel 29, auf Kirchgeßner 10, auf v. Mühlfeldt und Temme je 7 Stimmen 2c. gefallen sind. Der demnach zum ersten Vice-Präsidenten ernannte Herr Beseler ist wegen Unwohlseins im Hause nicht zugegen.

Die Stimmenmehrheit von 270 unter 343 erklärt sich bei der dritten Wahl für Herrn Kirchgeßner aus Würzburg. Der Genannte tritt sein Amt mit Dank und mit der Bitte um Nachsicht an, indem er ausspricht, daß er sich bewußt ist, an Interesse für das große Werk der Versammlung Keinem nachzustehen.

Der Tagesordnung gemäß werden hierauf noch die Wahlzettel zur Ergänzung des volkswirthschaftlichen Ausschusses eingefordert, dann soll die Berathung über den Bericht Schubert's aus Königsberg

über die endgültige Feststellung der Abgrenzungslinie im Großherzogthum Posen

eröffnet werden. Das Erachten des völkerrechtlichen Ausschusses lautet dahin, daß die vom Reichskommissar v. Schäffer-Bernstein festgestellte Abgrenzungslinie auf Grund des Beschlusses vom 27. Juli genehmigt werde.

Von den fünf in Bezug auf den Gegenstand eingebrachten Anträgen sind zwei präjudizirlich und gehen auf eine Vertagung der Berathung. Dagegen will Herr Osterrath aus Danzig die jetzt festgesetzte Linie noch nicht genehmigen, sondern die Angelegenheit der Centralgewalt zurückgeben, damit über die Einverleibung von ganz Posen in den Deutschen Bundesstaat verhandelt werde. Herr Ahrens aus Salzgitter beantragt ebenfalls, daß die Wünsche der übrigbleibenden Bevölkerung eingeholt werden möchten, ob die abgetrennten Theile nicht den Zutritt zum Deutschen Bundesstaate vorziehen würden. Der Antrag Wigard's und Genossen endlich verlangt die Tagesordnung über den Ausschuß-Bericht.

Für die Verschiebung der Berathung spricht Herr Ludwig Simon von Trier, und Präsident Simson spricht dieselbe aus, weil zwischen der Vertheilung des Berichts und der heutigen Berathung nicht 24 Stunden gelegen haben. Daher schließt die heutige Sitzung schon 12½ Uhr Mittags.

** Frankfurt a. M., den 6. Febr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ist die durch den General v. Schäffer festgestellte Demarkationslinie mit 280 gegen 121 Stimmen genehmigt worden. Gegen die Demarkationslinie stimmte ein Theil der Linken, einschließlich des neu eingetretenen Herrn Temme von Münster, und die Mehrzahl der Oesterreichischen Abgeordneten nebst den Ultramontanen. Der Abstimmung enthielten sich 10 Mitglieder, und eine noch größere Anzahl hatte sich während der Abstimmung aus der Versammlung entfernt. — Die Deutschen Einwohner des Kreises Pleschen haben eine Sammlung für die Deutsche Flotte veranstaltet, die den bedeutenden Ertrag von 134 Thlr. 22 Sgr. geliefert hat. Aus dem Deutschen Theil der Provinz Posen sind dagegen bis jetzt nur höchst geringfügige Beiträge für die Deutsche Flotte hier eingegangen.

Dresden, den 5. Febr. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer erwiederte der Minister des Auswärtigen auf eine Interpellation in Betreff der Preußischen Note, daß die Regierung noch nicht geantwortet habe und die Stände erst wegen einer Antwort befragen würde. — Der „Bericht der außerordentlichen Deputation zur Prüfung der die Tödtung Robert Blum's betreffenden Fragen" ist der Kammer der Abgeordneten vorgelegt worden. Es stellt sich

aus den beigelegten Aktenstücken heraus, daß Blum mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß er Mitglied der Deutschen Nationalversammlung sei, und gegen das Verfahren feierlichen Protest eingelegt hat, daß der Sächsische Gesandte sich sehr unthätig benommen hat und daß später die Anträge der Centralgewalt von dem Oesterreichischen Ministerium zurückgewiesen worden sind. Dagegen zeigen die Briefe des Ministers v. d. Pfordten an den Gesandten in Wien sehr viel Theilnahme für das Schicksal Blum's. Die Deputation beantragt: 1) „Im Verein mit der 1sten Kammer die unverweilte Abberufung des Gesandten v. Könneritz in Wien zu beantragen,“ und 2) „unter Hinzutritt der 1sten Kammer die Staatsregierung anzugehen, daß sie bei der Centralgewalt die weitere Ausführung des Beschlusses der Deutschen Nationalversammlung vom 16. November 1848 in Antrag bringe.“

Wien, den 4. Febr. Aus Mailand melden die neuesten Berichte vom 31sten v. M., daß der Marschall Radetzki die Armee am Ticino koncentrirt hat, und daß sie nach allen Seiten schlagfertig ist. Die in mehreren Städten entdeckten Waffenvorräthe aller Art zeigen mehr als Alles, daß die Nobili wieder eine Schilderhebung beabsichtigten. Mailand ist in einen furchtbaren Vertheidigungszustand gesetzt. Die Citadelle ist mit Kanonen besetzt und bereit, im Fall einer Empörung, auf die Stadt loszudonnern. Von der Piemontesischen Grenze nach Mailand und von Mailand nach Verona und Padua, sind Telegraphen errichtet, um den Kaiserl. Truppen-Kommandanten jedes Ereigniß schnell mitzutheilen. Die Stadt Mailand würde einen neuen Treubruch schwer büßen.

Kremsier, den 3. Febr. Bis zum Dienstag (6. Februar) wird keine Sitzung stattfinden. Die Commissionen sind zusammengetreten und der Constitutions-Entwurf ist fertig. Er ist sehr liberal, fast demokratisch. Als Staatsform neigt er sich zur Föderation. Das Reich würde demnach aus zehn Kronländern bestehen: Salzburg und das Inn-Viertel würde eins, Kärnthen und Krain ebenfalls eins bilden. Jedes Kronland würde einen Gouverneur, eine National-Verwaltung und einen Landtag erhalten, welcher das Recht hätte, die allgemeinen Steuern auszuschreiben, so wie die auf die Landes-Angelegenheiten bezüglichen Gesetze zu erlassen. Die Landtage würden zwei Monate lang (November und December) ihre Sitzungen halten und von dem Kaiser zusammenberufen werden. Späterhin würde ein allgemeiner Reichstag in Wien stattfinden, der zwei Kammern haben würde: die Volks Kammer, aus je einem Deputirten bestehend, welchen das Volk auf 100,000 Seelen wählen würde. Die Bedingungen der Wählbarkeit sind: dreißig Jahre, Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte und einjähriger Aufenthalt in Oesterreich. Die zweite Kammer (Länder-Kammer) würde aus je drei Deputirten bestehen, welche aus jedem Provinzial-Landtag gewählt würden, so wie aus einem Deputirten, welcher aus jedem Kreise der Provinz gewählt wäre, so wie aus den Räthen der Krone, welche der Kaiser dazu ernennen würde, jedoch nur auf die Präsentation von Seiten des Provinzial-Landtages. Der Thronfolger hat ebenfalls den Sitz in dieser Kammer, und zwar gebührt er ihm von dem 18. Jahre an. Die Dauer der Volks-Kammer (Unterhaus) ist auf drei Jahre festgesetzt; die der Länder-Kammer (Oberhaus) auf sechs Jahre. Der Kaiser hat das Recht, die Kammern zusammenzuberufen, aufzulösen oder zu vertagen, unter der Bedingung, sie nach dreißig Tagen wieder zu berufen. Der Kaiser schließt die Verträge ab, erklärt den Krieg, ernennt zu Aemtern u. s. w. Ohne Zustimmung des Reichstages kann in der Constitution keine Abänderung vorgenommen werden. Die Finanzen einer jeden Provinz werden von denen des Reiches getrennt. — Dies sind die Hauptbestimmungen des Entwurfes. Er ist in dem Redaktions-Ausschusse mit 5 Stimmen gegen 4 angenommen worden. Die Commission soll ihn indeß noch föderalistischer machen wollen. — Die Minister sind, nach der Constitution, dem Reichstage verantwortlich. (Spen. Z.)

— Soeben empfange ich die Nachricht, Generalmajor Freiherr v. Trebersburg hat am 30. Jänner früh um 5 Uhr die Vorstädte der Festung Essegg in fünf Kolonnen angegriffen und mit Sturm genommen. Um 6 Uhr waren unsere siegreichen Kolonnen im Besitze der drei Vorstädte. Von den in die Festung entfliehenden Rebellen wurden hundert gefangen, darunter mehrere Kavallericoffiziere. Nach 6 Uhr früh wurde die untere Stadt aus der Festung eine Stunde lang beschossen. Herr General Trebersburg ließ hierauf den Festungs-Kommandanten durch einen Parlamentär zur Uebergabe auffordern. Von dem Corps des Feldzeugmeisters Graf Nugent wurde Fünfkirchen durch die Brigaden Palffy und Dietrich ohne Widerstand besetzt. Der Feldzeugmeister Graf Nugent hat von da aus sowohl die unter Nemegyei gegen Essegg flüchtende Rebellen-Abtheilung verfolgen lassen, als auch eine Detachirung gegen Mohacz vorgenommen, um diesen Ort zu besetzen, und sich hierdurch mit den am linken Donauufer operirenden Serben in Verbindung zu setzen.

Triest, den 28. Januar. Der Draht für den elektrischen Telegraphen geht nun schon von Cilli bis zu den ersten Häusern Triests, und man sieht der Eröffnung dieser Linie mit nächstem entgegen! Sollte dann, was wohl nicht zu den Unwahrscheinlichkeiten gehört, die Sardische Flotte auf unserer Rhede erscheinen, so werden Sie wenige Minuten nach ihrer Ankunft hievon die Nachricht haben. Personen welche unlängst von Venedig angekommen sind, erzählen, daß jene Stadt ganz ruhig sei, und solange das Meer offen bleibt keine Furcht vor einer Eroberung habe. Jedoch sei die Stimmung in den ärmern Familien jene der Bewohner eines einschichtigen verschneiten Hauses im Erzgebirge, welche zur Fristung ihres Lebens auf den eigenen kleinen Mundvorrath und auf die Güte ihrer Nachbarn angewiesen sind. Bisher sind die Almosen Italiens für die bettelnde Königin der Adria bedeutend gewesen; allein dieser Zustand kann nicht ewig dauern.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 6. Febr. National-Versammlung. Sitzung vom 5. Febr. Auf dem Konkordien-Platze sieht man gegen Mittag einige Blusenmänner. Die Abtheilungssäle sind gedrängt voll; es werden die Vice-Präsidentschafts- und Sekretariats-Wahlen vorgenommen. Bei Marrast, sagt man, sind sämmtliche Mitglieder der alten Verfassungs-Commission versammelt, um eine Erklärung zu berathen, die sie im Angesicht der National-Versammlung abgeben wollten, und die dahin lauten würde, daß sie bei Abfassung der Constitution von dem Gesichtspunkte ausgingen, der Präsident der Republik müsse seine Minister aus der Majorität wählen. Eben so wolle man das Budget verwerfen. Um 2 Uhr eröffnet Marrast die öffentliche Sitzung. Eine Menge von Petitionen wird überreicht. Marrast: Folgendes ist das Resultat der Büreauwahlen: Zu Vice-Präsidenten wurden gewählt: 1) Goudchaux mit 506, 2) Lamoricière mit 491, 3) Havin mit 494, 4) Corbon mit 473, 5) Billault und 6) Bedeau mit 364 Stimmen. Die Rue de Poitiers ist also ganz unterlegen. Perrée, der den Minister Faucher neulich so heftig angriff, und Peupin, Uhrmachergehülfe, wurden zu Secretairen gewählt. An der Tagesordnung ist nun die Fortsetzung der Debatte über Dringlichkeit einer Untersuchung der Ereignisse vom 29. Januar. (Aufmerksamkeit.) Leon Faucher, Minister des Innern (hört! hört!): Die Erklärung im Moniteur, daß das Ministerium trotz des vorgestrigen Votums bleibe, beginnt er, sei als ein Trotz des Kabinets gegen die National-Versammlung ausgelegt worden. Im Namen des Kabinets versichere er jedoch, daß kein solcher Gedanke in der Erklärung des Moniteur liege. Der Präsident der Republik habe den Augenblick zu ernst gefunden, um sein Ministerium zu ändern. (Ah! Ah! zur Linken.) So lange letzteres daher das Vertrauen des Präsidenten habe, werde dasselbe es als Pflicht halten, auf seinem Posten zu bleiben. (Bewegung.) Was die lithographirten Bülletins betreffe, so sei Befehl gegeben worden, daß jeder beurtheilende Artikel in Zukunft wegfalle. (Nicht genug! zur Linken.) Was den Gesetzentwurf rücksichtlich der Klubs betreffe, so gründe er seinen Aufhebungs-Antrag auf folgende Thatsachen. Der Minister entfaltet hier ein Aktenheft, um nachzuweisen, daß in Lyon allein 132 sozialistische und kommunistische Klubs beständen, in denen, wie in den Pariser Bernhardschen Klubs, Mord und Todtschlag gelehrt würden. Aus diesen Klubs sei die große Staatsgefahr vom 29. Jan. hervor gegangen, zu deren Abwendung die Regierung die starke Truppenmacht entfaltet habe. Der Minister schildert noch einmal das Netz der geheimen Gesellschaften, welches ganz Frankreich umstricke und die Mobilgarde zu gewinnen gesucht habe, um die Republik zu stürzen. (Oh, Oh!) Statt also das Ministerium anzuklagen, verdiene es den Dank und die Anerkennung der Nationalversammlung für seine Vorsehung. Flocon entgegnet dem Minister, daß er rücksichtlich der Klubs nur abgerissene Berichte der Carlierschen Polizeispione vorgelesen habe, die so isolirt und einseitig daständen, daß sie gar nichts bewiesen, am allerwenigsten eine Aufhebung der heiligsten Volksrechte begründen könnten. Uebrigens verlange man ja nur Untersuchung der Dinge. Seien der Minister und die Polizei wirklich unschuldig, so werde sich dies schon herausstellen. Die Forestiersche Angelegenheit sei eine schreiende Ungerechtigkeit. Oudinot schlägt folgende motivirte Tagesordnung als Vermittelung vor: „Die Nationalversammlung nimmt die Konklusionen des Kommissionsberichts an und geht, in Erwägung, daß die Bülletins, welche Agitation im Lande hervorgerufen, reine Privat-Industrie seien und vom Ministerium desavouirt werden, zur Tagesordnung über.“ Unter großer Aufregung schreitet die Versammlung zur Abstimmung über die Frage: Ob über Oudinots oder über Perrée's Tagesordnung zuerst abgestimmt werden solle? Mit 435 gegen 403 Stimmen wird der Oudenotschen Fassung der Vorrang eingeräumt. (Sensation.) Marrast liest die Oudinotsche Tagesordnung von neuem vor. Es wird zur Abstimmung geschritten. Die Oudinotsche Conciliations-Tagesordnung wird mit 481 gegen 359 Stimmen angenommen (oh! oh!) und die Sitzung um ¼ vor 7 Uhr geschlossen. Die Kavallerie, die das Sitzungslokal beschützte, kehrt heim; Paris ist in aufgeregter Stimmung, aber überall ruhig.

— Alexander Weill, früher Mitarbeiter der Démocratie pacifique, gegenwärtig beim Korsaire angestellt, hat eine Brochüre über die Erblichkeit der Regierungsgewalt herausgegeben. Darin wird hauptsächlich hervorgehoben, daß das System einer Wahlregierung beständig eine Personenfrage an die Stelle der Prinzipienfrage setze und das Land in unfruchtbaren Kämpfen aufzehre. Auch habe der Sozialismus unter der Monarchie einen ungleich größeren Einfluß, weil er das natürliche Gegengewicht gegen die einheitliche Regierungsgewalt bilde, während unter der Republik die Masse, durch den Sozialismus erschreckt, sich der Monarchie zukehre und die Sozialisten mit den ehrlichen Republikanern in eine und dieselbe Verdammniß bringe.

— Der Moniteur meldet, daß der Präsident bei der gestrigen großen Heerschau, vor Vertheilung der Ehrenlegionorden, den Offizieren folgende Anrede gehalten habe: „Der heut zu vertheilenden Orden sind nur wenige, aber desto ehrenvoller für die Empfänger. Das Kreuz der Ehrenlegion wurde unter den, mir vorangegangenen Regierungen nur zu oft verschwendet. Dieß wird nicht mehr stattfinden. Ich will, daß die Ehrenlegion nur die unmittelbare Belohnung der, dem Vaterlande geleisteten Dienste sei und nur dem unbestrittenen Verdienste zuerkannt werde. So hoffe ich diesem Institute seinen ruhmreichen Ursprung wiederzugeben.“

— Ich komme eben selbst von der Nord-Eisenbahn. Man muß sich, wo man es nur kann, stets mit eigenen Augen überzeugen. Der Bahnhof sieht aus wie ein Lager. Das Regiment Infanterie ruht bei Nacht auf Stroh in den ungeheuren Sälen, die Offiziere in den kleineren Nebensälen, und der Oberst gegenüber in einem Hotel. Man geht durch eine ungeheure Reihe von Gewehr-Pyramiden hindurch, um 12 Uhr ist Truppenschau, wo jeder Soldat, so wie auch Abends, noch einmal die acht Packete Patronen (folglich 80 Stück) vorzeigen muß. Alle Abend wird ein starkes Detachement in das kleine Hotel von Tours in der Rue St. George gelegt, um den kleinen, großen Mann vor nächtlichem Ueberfall und Ermordung, womit man ihn bedroht, zu schützen. Er selbst dann, Napoleon au petit pièd, geht durch die Reihen, sieht, ob die Schildwachen gut ausgestellt sind, ob alle schützenden Maßregeln gut genommen sind und träumt sich gewiß als Kaiser in der Nacht von Austerlitz oder Wagram.

Großbritanien und Irland.

London, den 3. Febr. Die Thronrede ist, wie der „Times“ aus Dublin geschrieben wird, dort von allen Parteien sehr schlecht aufgenommen worden. Die meisten Journale ergießen über dieselbe bitteren Tadel und die Organe der Repealpartei sind wüthend über das angekündigte Vorhaben, die Bill wegen Suspension der Habeas-Corpus-Acte noch zu verlängern. — Der Lordstatthalter hat die von Smith O'Brien und Consorten eingelegte Berufung an das Oberhaus für zuläßig erklärt; es scheint jedoch, als ob Meagher auf diese Berufung verzichten werden, da seine Geldmittel durch die bisherigen Kosten seines Prozesses schon erschöpft sind und er fremde Hülfe anzunehmen Bedenken trägt. — Die neuesten Nachrichten aus den Fabrikbezirken lauten recht befriedigend; die Geschäfte nehmen gewaltigen Aufschwung und überall ist vollauf zu thun.

— Die englische und nordamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft hat den Bau zweier Dampfschiffe beginnen lassen, welche an Größe und Pracht alle bisherigen übertreffen sollen und zum Ersatze der zwei an die deutsche Central-Gewalt verkauften Dampfschiffe „Acadia“ und „Britannia“ bestimmt sind.

Belgien.

Brüssel, den 5. Febr. Der, im September v. J. hier gehaltene allgemeine Friedens-Congreß findet auch in den Vereinigten Staaten großen Anklang, und aus Massachusets ist ein Dankschreiben an den Präsidenten des Congresses, Herrn Vischers, hierher gelangt. Andererseits haben die Britischen Friedensgesellschaften die Sache des Congresses fortdauernd im Auge. So hat z. B. Richard Cobden gemeldet, wie er einen Antrag an das Parlament bringen werde, daß die Britische Regierung allen internationalen Verträgen eine Bedingung hinzufüge, wonach ein Schiedsspruch die Streitfragen auszugleichen habe.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 28. Jan. Ein Ukas vom 9. d. M. verfügt die Anlegung einer neuen Straße an der Preuß. Gränze, mittelst welcher die durch das waldige und unbewohnte Terrain begünstigte Schmuggelei verhindert werden soll. Statt des jetzt längs der Grenzlinie hinlaufenden Weges soll diese neue Straße in einiger Entfernung von der Grenze, jedoch nicht mehr als ½ Werst ins Land hinein und so, daß zwischen derselben und der Grenze kein Dorf zu liegen kommt, angelegt werden. Auf die neue Straße sind die an der Grenze stehenden Cordonshäuser zu setzen, auch an verschiedenen Orten Bauernhäuser zu bauen, in welchen die zur Verstärkung der Wachen an der Grenze dienenden Armeesoldaten wohnen sollen. Durch eine Commission sind die näheren vom Kaiser bestätigten Bestimmungen angeordnet worden. Die neue Straße wird 28 Werst 142 Faden lang.

St. Petersburg, 27. Jan Die Polizei-Zeitung enthält Nachstehendes: „Seit einiger Zeit hat das Lotto-Spiel in den Klubs und anderen öffentlichen Gesellschaften nicht allein der beiden Hauptstädte, sondern auch mehrerer Gouvernements-Städte in einem außerordentlichen Grade überhand genommen. Dieses Spiel ist aus einem unschuldigen Zeitvertreibe in eine verderbliche Leidenschaft ausgeartet, welche dem Familien- und gesellschaftlichen Leben um so mehr Schaden bringt, als sie vorzugsweise in der Mittel-Klasse, unter den Beamten und unbemittelten Leuten, verbreitet ist; in der Hoffnung auf plötzlichen Gewinn, verspielen sie nicht nur nach und nach ihre ganze Habe, sondern auch noch ihr Gehalt, wodurch sie sich und ihre Familie in das Elend stürzen. In Betracht dessen hat Se. Majestät der Kaiser am 22. d. M. allerhöchst zu befehlen geruht, daß das öffentliche Lotto-Spiel in den Klubs und gesellschaftlichen Vereinen jeder Art durchaus verboten werde.“

Schweiz.

Freiburg, den 31. Jan. Der Große Rath hat die Hälfte des den aufgehobenen Klöstern abgenommenen Vermögens zur Stiftung von folgenden Anstalten bestimmt: 1) eines Hospizes für Irren und Unheilbare; 2) eines Zufluchtshauses für arme Greise; 3) eines solchen für arme Waisen und verlassene Kinder; 4) eines Arbeitshauses für arme Familien; 5) endlich eines Kantonsspitals.

Bern, den 29. Jan. Nach dem „Neuchatelois“ wäre der ganze jüngst gemeldete Aufruhr in Neuenburg so gering und so wenig politisch gewesen, daß es lächerlich sei, so großes Wesen und solchen Lärm davon zu machen. Kein Geschrei von „nieder mit der Schweiz, es lebe der König!“ keine Kanonen auf Seite der sogenannten Rebellen. Staatsrath Steck sei nicht von den Royalisten mißhandelt worden, sondern kam nur, als er abwehren wollte, ins Gedränge. Den Anlaß habe hauptsächlich die Angst der Regierung gegeben, dadurch hervorgerufen, daß nach erfolgter Wiedererwählung des Pfarrers Guilebert gegen 400 Personen sich in seine Wohnung begaben, um ihn zur Annahme der Wahl zu bewegen, die er aber entschieden ablehnte, weil er es nicht mit seinem Gewissen vereinigen könne, unter den gegenwärtigen Verhältnissen Pfarrer zu sein. Die Wohnung des Pfarrers befindet sich in der Nähe des Schlosses, und der Staats-

rath fürchtete von der Masse einen Angriff. Einige Gefangene mußten eine unangenehme Nacht zubringen, da man, um ihr Gemurr zu dämpfen, mit Feuerspritzen durch die Fensterlöcher gespritzt, und die Arrestanten gänzlich durchnäßt hat. Von der Verhaftung der Herren Chambrier und Calame weiß der Neuchatelois nichts.

— Die Kommission für Vorberathung des allgemeinen Theils der Revision des Schweizerischen Wehrwesens (die HH. eidgenössischen Obersten Egloff, Veillon, Kurz und Siegfried) wird sich Montag den 12. Februar in Bern versammeln. Der Bundesrath hat, von dem Vertrage, den der Stand Uri mit Neapel über das Miliairdepot in Altdorf abgeschlossen, in Kenntniß gesetzt, die Regierung von Uri eingeladen, keinen Vertrag mit dem Auslande zu schließen, sondern alle Unterhandlungen der Art durch den Bundesrath vornehmen zu lassen. Ferner hat er mit Rücksicht auf die Klagen von Tessin die Regierung derjenigen Stände, welche Militairkapitulationen haben, eingeladen, auf die Werbhauptleute dahin zu wirken, daß die Rekruten einstweilen über den Splügen instradirt werden. In Interlaken geht man mit dem Gedanken um, einen Ableiter der durch Beschluß der Deutschen Nationalversammlung in ganz Deutschland aufgehobenen Spielhöllen in's Oberland zu verlegen. Eine fremde Spielgesellschaft soll sehr günstige Offerten gemacht haben. Gott bewahre das schöne „Bödeli" vor dieser Giftpflanze! — Im Bernischen Jura sind die Truppen ohne Widerstand eingezogen und haben drei bei den letzten Unruhen kompromitirte Gemeinden besetzt. Die Ruhe ist wieder ganz hergestellt.

Italien.

Florenz, den 28. Januar. Heut Abend kamen hier blutige Auftritte vor, wobei der Pfarrer Ricci tödtlich verwundet wurde. Viele Verhaftungen wurden in Folge dieses Aufruhrs vorgenommen. Die Alba macht die Reaktion für die Unruhen verantwortlich. Die hiesigen Reactionaire fänden an ihren Genossen in Frankreich Stützen.

Modena, den 26. Jan. Der restaurirte Herzog sucht, aus Besorgniß, daß es doch bald mit ihm zu Ende gehen könnte, noch möglichst viel Geld seinen „getreuen" Unterthanen zu entlocken. Durch Erlaß vom 22sten setzt er die Beamten-Gehalte herab, um das also gewonnene Geld als eine, mit 5 pCt. zu verzinsende, freiwillige Anleihe zu betrachten. Woher die Zinsen, geschweige denn das Kapital, kommen sollen: davon wird nichts gesagt. Die direkten Steuern werden durch vorgedachten Erlaß um $\frac{1}{5}$, die direkten um $\frac{1}{10}$ erhöht. Nur für Salz, Tabak und Getreide tritt keine Erhöhung ein.

Rom, den 25. Jan. Der Fürst von Canino hat die Wappen des Papstes und des römischen Senats von seinem Palaste herabnehmen lassen. Viele Gemeinde-Magistrate, wie die von Ancona, Ravenna, Bologna, und viele Präsidenten, wie Zanolini, Manzoni, Lovatelli, haben ihre Entlassung eingereicht. Die Regierung ist über die Wahl von Nachfolgern für dieselben verlegen. In Terracini, Albano und anderen Orten sind einige Ruhestörungen vorgefallen. Die Regierung hat außerordentliche Kommissäre mit ausgedehnten Vollmachten und mit Truppen dahin geschickt. Der Staatsschatz ist leer. Man beabsichtigt, weitere 600,000 Schatzscheine auszugeben, für welche derjenige Theil der ehemaligen Leuchtenbergischen Güter verpfändet werden soll, welchen die Käufer noch nicht bezahlt haben. Wie es scheint, werden die des Attentats vom 19. Januar schuldig befundenen Soldaten begnadigt werden.

Rom, den 26. Jan. Die Geldsammlungen für Venedig breiten sich mehr und mehr über Italien aus, und namentlich in Rom und Florenz scheinen sie günstigen Fortgang zu nehmen. Der Contemporaneo sagt: wie Cato jede seiner Reden mit dem Wort beschlossen: »Römer, zerstört Karthago!« so könne er jetzt nur immer und immer wieder rufen: »Römer, rettet Venedig!«

Amerika.

New-York, den 10. Jan. (A. Z.) Bei Louisville, Kentucky, sind am 18. December 43 Französische Trappisten gelandet, welche achtzehn Tage vorher von Havre aus in New-Orleans angekommen waren und von da sofort nach Louisville abgingen, von wo sie sich auf eine ihnen gehörige Landstrecke von 1400 Ackern bei Bardstown begeben haben. Nach Briefen aus Belleville und St. Louis lebt Hecker in ersterem Ort bei seinem Freunde, dem Oberrichter Gustav Koerner, in strenger Zurückgezogenheit. Der ihm im Osten der Union gewordene Empfang hat ihm bittere Lehren gegeben, und er hat deßhalb dem ihn bei seiner Ankunft in St. Louis empfangenden Committee ganz unumwunden erklärt, er sei solcher hohlen Demonstrationen müde. In St. Louis lebte er mit seinen Begleitern Schöninger und Tiedemann in einem bescheidenen Kosthause, wurde aber, trotzdem daß er alles Erscheinen und Sprechen in öffentlichen Zusammenkünften ablehnte, von müßigen sogenannten Patrioten so überlaufen, daß er sich alsbald „in den Busch" zurückzog und sich in Belleville, mitten unter den sogenannten lateinischen Bauern, einquartierte. Dort studirt er fleißig, reitet viel in der Umgegend umher und benützt die daselbst bestehende Deutsche Bibliothek der St. Clair County-Ansiedler. Seinen in den Vereinigten Staaten bereits gemachten Erfahrungen zufolge ist er, der früher in jedem republikanischen Maulmacher einen Brutus zu sehen glaubte, was er durch seine sinnlose Schilderhebung zum großen Schaden der Republik bethätigte, dem andern Extreme, das Deutsche Volk für verloren und unfähig zur Freiheit zu halten, sehr nahe gekommen; doch ist auch ihm in der Pandorabüchse seiner Erfahrungen die Hoffnung auf bessere Zeiten geblieben, für welche letztern er sich aber freilich in der Waldeseinsamkeit des Westens viel weniger als in dem bewegten Treiben des Ostens vorzubereiten im Stande sein dürfte. Ob und wann er nach dem Osten zurückkehrt, ist ganz ungewiß, man fährt aber dort nichtsdestoweniger fort, für einen sogenannten Heckersonds zu sammeln. Die Reizbarkeit Heckers, die er unter anderem dadurch an den Tag legte, daß er bei seiner Ueberfahrt von Havre nach Southampton gegen den Agenten der Dampfschiffe eines kleinen Wortwechsels über seinen Koffer halber sofort ein Messer zog, sich aber dadurch freilich nur eine amerikanisch kalthöfliche Zurechtweisung zuzog, kann übrigens noch nicht beseitigt sein, da er unter anderem in einer Mittheilung an ein Deutsches Blatt des Westens von der „den besiegten Wienern Republikanern ein vae victis zuheulenden gottverfluchten Despotie" spricht, eine Sprachweisen die hier nur auf der untersten Stufe der Bildung wie der Bestrebungen zu finden ist. Wie in Deutschland, so haben auch hier diejenigen, welche sich am lautesten als Heckers Freunde ausschrieen und sich am unabweislichsten um ihn drängten, Heckern am meisten geschadet, und leider ist ein solcher Schade hier viel schwerer wieder gut zu machen als irgendwo anders.

In Californien haben sich bereits am 5. März v. J. — 140 Englische Meilen südöstlich von San Francisco — circa 200 Mann, größtentheils Deutsche, angesiedelt, um dort eine Deutsche Colonie zu gründen. Es sind gebildete Handwerker, Oekonomen und Künstler aus dem Steffenson'schen Freiwilligen Corps, die sich sogar verpflichten mußten, eine Bibliothek der besten Deutschen und Englischen Classiker mitzunehmen, wozu Jeder zehn Dollars beigetragen hat. Genannt werden als Mitglieder der Colonie: 1) Otto Kornig, Jurist aus Meissen, 2) Joh. Dreher, Bäcker aus Würtemberg, 3) Max Sauerwald, Maler aus Petersburg, 4) Throner, Kaufmann in Nürnberg, 5) Friedr. Schulze, Oekonom aus Berlin, 6) C. Schrodt, Conditor aus Baiern, 6) C. Bleyer, Schneider aus Ungarn, 8) Schuhmacher, Schneider aus Hessen-Darmstadt, 9) C. Bader, Schmid aus Trier, 10) Wohlgemuth, Tischler aus Bingen, 41) W. Marse, Bildhauer aus Mainz, 12) L. Blechschmidt aus Holzminden. Bei dem Gouvernement in San Francisco wird man diese Steffenson'schen Freiwilligen leicht erfragen können.

Brasilien.

Die „Times" brachte vor Kurzem Nachrichten aus Pernambuco vom 23. Dez, wonach ein Kampf zwischen den Insurgenten der Provinz und den Regierungstruppen stattfand, in welchem auf beiden Seiten viele Leute getödtet und verwundet wurden. Ein solches Gefecht muß man jedoch nach südamerikanischem Maßstabe beurtheilen; so kolossal sonst die Verhältnisse dort sind, so unbedeutend sind die Heere, die Revolutionen, die Schlachten. Das brasilianische Heer in jenem Treffen bestand nur aus 500 Mann, die jedoch an 20,000 Patronen abfeuerten. Die Regierungstruppen mußten sich näher gegen Pernambuco zurückziehen.

In Montevideo war die Nachricht eingelaufen, daß der Kapitän der britischen Brigg Avon, Kapitän John Eaton, von der wilden Bevölkerung der patagonischen Küste ermordet worden ist.

Westindien.

Zeitungen, die man aus Berbice, Demerara und Tobago in England erhielt, melden von zahlreichen öffentlichen Versammlungen, worin Beschlüsse über Beschlüsse gefaßt werden in Betreff der unglücklichen Lage der Kolonien überhaupt, wie namentlich in Betreff der für sie so erfolglos gebliebenen letzten Parlamentssession, von der man sich für Westindien so viel versprochen hatte. In Jamaika war die zweite Kammer mit der ersten (council) in einen heftigen Konflikt gerathen, indem sie beschloß, keine Bill, wodurch die Erhebung von Steuern bis über den 15. Februar hinaus festgesetzt würde, zu bewilligen, bevor nicht eine Reduktion in den Ausgaben, wie sie durch die heruntergekommene Lage der Insel geboten sei, vorzunehmen verheißen werde. Ueberall in diesen Kolonien werden Ausschüsse ernannt, welche Petitionen oder vielmehr Klagebriefe zu verfassen und zu berathen haben, die man zu diesem Zwecke an das englische Parlament zu richten gedenkt. All diese Zerwürfnisse und Unbehaglichkeiten müssen bei der Nähe der nordamerikanischen Republik, deren Einflüssen die westindischen Kolonien ausgesetzt sind, der englischen Regierung doppelt unangenehm sein. Von der unter dem Despotismus des Präsidenten Soulouque schmachtenden Insel Hayti treffen immer noch politische Flüchtlinge in ganzen Schaaren auf Jamaika ein. Diese Flüchtlinge pflegen von Allem entblößt anzukommen; der habgierige Präsident zieht sie vor ihrer Abreise aus.

Locales.

Posen, den 9 Februar. Die ganze Woche hatten wir abnorme Witterung. Welchen Einfluß dieselbe auf den Wasserstand der Warthe ausgeübt, zeigt das abermalige Ueberströmen der Berdychowoer Schleußen seit Montag. Die Eisdecke hält sich aber an den oberen Ufern noch immer, wogegen ein höheres Steigen als 8 Fuß bis jetzt an der Brücke nicht zu bemerken war.

Heute Mittag derselbe Wasserstand (8 Fuß) an der Brücke, welcher auch bis zum förmlichen Bersten der Eisdecke oberhalb bleiben wird. — Nicht ohne Bedauern sieht man, wie Landleute beiderlei Geschlechts es vorziehen, die Dammschleußen lieber zu durchwaten, als die freilich langsame Ueberfahrt zu benutzen.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Den Herren Wahlmännern erster Kammer wird hiermit der wohlhabende und mäßige, rühmlichst bekannte jedesmalige Vice-Präsident der National-Versammlung, Dr. Kosch, in Vorschlag gebracht.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 11. Februar c. werden predigen:
Ev. Kreuzkirche. Vorm.: Hr. Ober-Prediger Hertwig. — Nm.: Hr. Pred. Friedrich.
Ev. Petrikirche. Vm: Hr. Consist.-Rath Dr. Siedler.
Garnisonkirche. Vm.: Hr. Div.-Prediger Bork.
Christkathol. Gemeinde. Vor- und Nm: Herr Pred. Post.

In den Parochieen der genannten Kirchen sind in der Woche vom 2. bis 8. Februar 1849:
Geboren: 3 männl., 2 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 43 männl., 4 weibl. Geschl.
Getraut: 3 Paar.

Markt-Bericht.

Berlin, den 8. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55—60 Rtlr. Roggen loco $26\frac{1}{2}$—$27\frac{1}{2}$ Rtlr., p. Frühj. 82pfünd. $27\frac{1}{4}$ Rthlr. bez. u Br., 27 G. Mai/Juni 28 à $27\frac{3}{4}$ Juni/Juli $28\frac{1}{2}$ à 28 Rthlr. Gerste, große loco 22 — 23 Rthlr., kleine 18—20 Rthlr. Rüböl loco $13\frac{1}{3}$ à $13\frac{1}{4}$ Rthl., Februar $13\frac{1}{6}$ a $13\frac{1}{12}$ Rthlr., Febr./März 13 à $12\frac{11}{12}$ Rthlr., März/April $12\frac{5}{6}$ a $12\frac{3}{4}$ Rthlr., Mai/Juni dto., Juni/Juli $12\frac{7}{12}$, Juli/Aug. dto., Leinöl loco 10 Rthlr., Lief. p. April/Mai 10 Rthlr. bez.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{7}{12}$ Rthlr. verk., Februar $14\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., März 15 Rthlr. Br., p. Frühjahr $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., Mai/Juni 16 Rthlr. Br.

Posen, den 7. Febr. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80 % Tralles $12\frac{1}{2}$ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 8. Februar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	$101\frac{1}{2}$	101
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{4}$	80
Sechandlungs-Prämien-Scheine	—	$98\frac{3}{4}$	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{4}$	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	85	$84\frac{1}{2}$
Grossh. Posener "	4	$96\frac{1}{4}$	—
" "	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{5}{8}$	$81\frac{1}{8}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{4}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{5}{8}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{5}{8}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{4}$	$90\frac{1}{4}$
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	91	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{1}{12}$
Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	$78\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	4	—	87
Berlin-Hamburger	4	$60\frac{1}{4}$	—
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$93\frac{1}{2}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	59	$58\frac{1}{2}$
" " Prior. A. B.	4	$82\frac{1}{2}$	$82\frac{1}{4}$
" " "	5	—	$94\frac{1}{2}$
Berlin-Stettiner	4	—	$88\frac{1}{2}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$78\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$92\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	112	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	71
" Prioritäts-	4	—	$85\frac{3}{4}$
" "	5	—	$98\frac{3}{4}$
" " III. Serie	5	—	94
Ober-Schlesische Litt. A	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{4}$	93
" " B.	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{4}$	93
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	—	$50\frac{1}{2}$
Stargard-Posener	4	—	$70\frac{1}{4}$

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.